

AUSTRIA CAMPAIGN TO STOP KILLER ROBOTS

ROBOTER SOLLEN NICHT TÖTEN DÜRFEN!

Der neu gegründete österreichische Zweig der International Campaign to Stop Killer Robots setzt sich für ein Verbot von autonomen Waffensystemen ein.

Man nennt sie Killer Roboter: Autonome Waffen, die ausgestattet mit künstlicher Intelligenz in Zukunft Menschen die Entscheidung über Leben und Tod abnehmen sollen. Am 29. Jänner 2020 wurde die **Campaign to Stop Killer Robots (KRC) Austria** bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Strategic Think & Do Tank SHABKA und dem International Institute for Peace (IIP) bei einer hochkarätigen Podiumsdiskussion zum Thema autonome Waffensysteme erstmalig vorgestellt.

„Wenn Staaten jetzt nicht handeln, wird der Grad der Autonomie wachsen, das heißt die Entscheidungsgewalt über Leben und Tod wird mehr und mehr an Computerprogramme abgegeben“ so die Vertreterin der österreichischen Kampagne, Marit Alex. Ich argumentierte für ein umfassendes Verbot, da es die einfachste und realistischste Möglichkeit wäre, um den Risiken der Produktion und Entwicklung autonomer Waffensysteme entgegenzuwirken und betonte dabei besonders die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei diesem Bestreben, bevor ich zur Unterstützung der Kampagne aufrief.

Völlig autonome Waffen würden nicht über das menschliche Urteilsvermögen verfügen, das zur Be-

urteilung der Verhältnismäßigkeit eines Angriffs, zur Unterscheidung von Zivilisten und Kombattanten und zur Einhaltung anderer Kernprinzipien der Kriegsgesetze erforderlich ist. Als Maschinen würden ihnen die inhärent menschlichen Eigenschaften wie Mitgefühl fehlen, die notwendig sind, um komplexe ethische Entscheidungen zu treffen, was eine moralische Schwelle überschreitet.

Auch ist unklar, wer, wenn überhaupt, für rechtswidrige Handlungen verantwortlich gemacht werden könnte, die durch eine völlig autonome Waffe verursacht werden: der Programmierer, der Hersteller, der Kommandant oder die Maschine selbst? Diese Lücke in der Rechenschaftspflicht würde es schwierig machen, Gerechtigkeit zu gewährleisten, insbesondere für die Opfer.

Sollte es für autonome Waffensysteme nicht bald ein internationales Verbot geben, ist abzusehen, dass sie flächendeckend eingeführt werden, was zu Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, zu unkontrollierbaren Cyberwar Angriffen bis hin zu einer Gefährdung der Stabilität und des Friedens weltweit führen wird, da der Einsatz von Robotern die Hemmschwelle der Kriegsführung erheblich senken würde.

BETRIFFT FRIEDEN STELLT VOR

Verbotsvertrag ist ein Wettlauf mit der Zeit

Auf UNO und NGO Ebene wird verstärkt ein Verbot von autonomen Waffensystemen gefordert, doch müssen dem unverbindlichen Meinungs-austausch der Staatengemeinschaft nun formalere Verhandlungen folgen.

Österreich hat zusammen mit Brasilien und Chile bei den Gesprächen in Genf einen Entscheidungsantrag für ein Verbot von autonomen Waffensystemen eingebracht, und hält somit eine Vorreiterrolle unter den insgesamt 30 Ländern, die sich für ein Verbot aussprechen.

Neben der International Campaign to Stop Killer Robots als globaler Zusammenschluss von 140 Organisationen in 61 Ländern, Empfehlungen des Europäischen Parlaments, einer Verbotsaufforderung des Vatikans sowie offenen Briefen von über 4.500 Experten für Künstliche Intelligenz und rund 240 Technologieunternehmen setzt sich auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz dafür ein, Grenzen für autonome Waffensysteme zu schaffen.

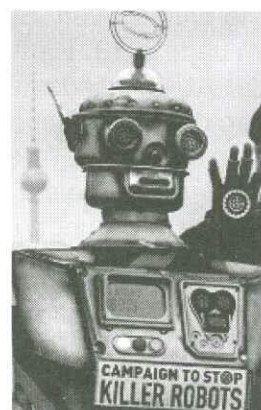
Die Campaign to Stop Killer Robots Austria ist der österreichische Zweig der internationalen Kampagne und setzt hierzulande besonders auf die Aufklärung und tatkräftige Unterstützung der Zivilgesellschaft, um Österreichs Vorreiterrolle noch weiter zu stärken und so ein internationales Verbot dieser Waffen zu erreichen.

Marit Alex (KRC Austria)

Nähere Informationen sowie kommende Veranstaltungen sind auf der Homepage <http://krcaustria.at/>

sowie auf Facebook www.facebook.com/krcaustria zu finden.

Kontaktmöglichkeit über Mail: office@krcaustria.at



MELDUNGEN

US-Präsident Trump weicht Ottawa-Convention auf

Am 31.1.2020 verkündete Donald Trump, das Verbot des Landminen-Einsatzes seines Amtsvorgängers Obama (2014) aufzuheben. Bei „außergewöhnlichen Umständen“ sei der US-Armee der Einsatz moderner Landminen wieder gestattet. Es soll den Streitkräften die Flexibilität und die Fähigkeit gegeben werden, die sie zum Sieg brauchen, hieß es aus dem Weißen Haus. Es würden nur moderne Minen eingesetzt werden, die aus der Entfernung gesteuert werden können und die sich nach 30 Tagen selbst zerstören.

Eine Welle der internationalen Kritik und des Entsetzens war die Folge. Trump tritt abermals internationale Regeln mit Füßen. Damit wird die

Ottawa-Convention zum Verbot von Antipersonenminen (1997) aufgeweicht. Ein fatales Signal, das eine mögliche Kettenreaktion befürchten lässt. 164 Staaten haben unterschrieben, um das Töten und das Verstümmeln von meistens Zivilpersonen in und lange nach Konflikten zu beenden sowie die ausgelegten Minen und die Vorräte zu vernichten und die Produktion einzustellen. Heute setzen nur mehr wenige Länder und viele nichtstaatliche Akteure auf den Minenkrieg. Wie schon bei der Streumunition sind Vorrichtungen zur Selbstzerstörung oft fehleranfällig, und die Minen bleiben aktiv. Denn noch immer gilt für die Tötungsindustrie, mit der Trump aufs engste verbunden ist: billig produzieren (teuer verkaufen) geht vor Sicherheit.